

# Szenarioanalyse: AfD-Wahlsieg 2025 und Regierungsübernahme (2025–2029)

## Einleitung

Ein **Wahlsieg der AfD bei der Bundestagswahl 2025** – gefolgt von einer Regierungsübernahme auf Bundesebene – würde Deutschland vor eine beispiellose Situation stellen. Erstmals stünde eine vom Verfassungsschutz als *rechtsextremistische Bestrebung* eingestufte Partei an der Spitze der Bundesregierung <sup>1</sup>. Die AfD verfolgt nachweislich eine *völkisch-autoritäre Agenda*, welche die Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) in Frage stellt <sup>2</sup>. Diese Analyse skizziert die **wahrscheinlichen Folgen** einer AfD-Regierungsbeteiligung von 2025 bis 2029 in politischer, institutioneller, gesellschaftlicher und verfassungsrechtlicher Hinsicht. Dabei werden mögliche **Koalitionsszenarien**, geplante **Gesetzesvorhaben**, **Umbauten staatlicher Institutionen** sowie **Reaktionen von EU, Zivilgesellschaft und Medien** systematisch simuliert. Juristische Kommentare beleuchten die Vereinbarkeit der Szenarien mit dem Grundgesetz. Die Auswertung stützt sich auf ein Deep-Research-Dossier (Stand: Juli 2025) mit Risikoanalysen, Szenarien, Berichten des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), parlamentarischen Dokumenten, Investigativ-Leaks (Correctiv) sowie internationale Fallstudien (Golden Dawn, Refah, Batasuna u.a.).

## Politische Szenarien und Koalitionsmodelle

**Ausgangslage:** Angenommen, die AfD wird bei der Bundestagswahl 2025 stärkste Kraft. Ihr Stimmenanteil (z.B. 25–30%) reicht zwar nicht für die absolute Mehrheit, aber mangels Koalitionsoptionen der übrigen Parteien gelingt es der AfD, die Regierungsbildung an sich zu ziehen. Traditionell haben CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP und Linke Koalitionen mit der AfD ausgeschlossen. Ein AfD-Wahlsieg könnte jedoch zu Machtverschiebungen und strategischen Neuberechnungen führen.

**Szenario A – Minderheitsregierung mit Duldung durch die CDU/CSU:** Dieses Szenario gilt als politisch brisant, aber im Kontext eines AfD-Wahlsiegs nicht ausgeschlossen. Historische Parallelen zeigen, dass konservative Kräfte in der Vergangenheit zu folgenschweren Kooperationen mit radikalen Parteien bereit waren: So formulierte z.B. CSU-Politiker **Alexander Dobrindt** 2023 die Bereitschaft zu einer „bürgerlichen Koalition“ mit der AfD <sup>3</sup> – eine Äußerung, die von Kritikern als „historisch ignorant“ und Warnsignal gewertet wurde, da sie fatal an 1932/33 erinnert <sup>3</sup>. In einem möglichen AfD-CDU-Duldungsmodell würde die AfD eine **Minderheitsregierung** stellen, toleriert durch eine formell in der Opposition verbleibende Union. Die Union könnte dies etwa mit der *Vermeidung von Neuwahlen* begründen oder als „kleineres Übel“ gegenüber einer linken Mehrheit darstellen. **Verfassungsrechtlich** wäre eine solche Duldung zulässig, solange die Kanzlerwahl gemäß Art. 63 GG eine Mehrheit (oder relative Mehrheit im dritten Wahlgang) erreicht. Eine denkbare Variante: Die CDU enthält sich bei der Kanzlerwahl, sodass der AfD-Kandidat im dritten Wahlgang mit einfacher Stimmenzahl ins Amt kommt. Dieses Modell birgt jedoch extreme Instabilität – die AfD wäre auf fortwährende Einzelfallzustimmung angewiesen, während die CDU sich politisch mitverantwortlich machen würde, ohne offiziell in der Regierung zu sein. Die historische Erfahrung aus Weimar lehrt, dass die **Tolerierung extremistischer Regierungen durch konservative Kräfte** schnell zur *Erosion der Demokratie* führen kann <sup>4</sup> <sup>3</sup>.

**Szenario B – AfD-Alleinregierung (Absolute Mehrheit):** Wenngleich derzeit unwahrscheinlich, soll der Vollständigkeit halber ein Szenario skizziert werden, in dem die AfD – z.B. durch einen Stimmenanteil über ~50% oder durch Überläufer – eine Alleinregierung bilden kann. In diesem Fall hätte die AfD freie Hand bei der Regierungsbildung und bräuchte keine Kompromisse mit Partnern einzugehen. Angesichts des radikalen Programms der Partei (siehe unten) wäre eine solche **Alleinregierung** gleichbedeutend mit einer **sofortigen Umsetzung** zentraler AfD-Forderungen, was einen frontalen Zusammenstoß mit dem bestehenden Verfassungsgefüge bedeuten würde. Allerdings setzen viele der tiefgreifenden Änderungen (z.B. Grundgesetzänderungen) eine Zweidrittelmehrheit voraus, die selbst bei einem AfD-Erdrutschsieg kaum erreicht würde. Realistischerweise müsste die AfD also versuchen, mit **einfachen Gesetzen und personeller Besetzung** Fakten zu schaffen, und zugleich auf eine schrittweise „**Gleichschaltung**“ der Institutionen hinarbeiten, um Widerstände zu brechen.

**Szenario C – Formelle Koalition mit einer Splittergruppe oder Abspaltung:** Da etablierte Parteien offiziell nicht koalieren wollen, käme höchstens eine Abspaltung infrage – etwa wenn ein rechter Flügel der CDU/CSU sich absplittet oder einzelne ambitionierte Politiker aus Union/FDP zur AfD überlaufen, um Regierungssämter zu erhalten. Ein solches Vorgehen wäre politisch hoch kontrovers, könnte aber im Machtfall auftreten. In einigen Landesparlamenten gab es bereits **Annäherungen auf lokaler Ebene** (z.B. in Thüringen 2020 bei der kurzfristigen Kemmerich-Wahl mit AfD-Stimmen). **International** lassen sich Parallelen zu anderen Ländern ziehen, in denen rechtspopulistische Parteien an die Regierung gelangten, indem konservative Partner schwächelten oder umschwenkten – etwa in **Italien** unter Giorgia Meloni, wo die postfaschistische Partei Fratelli d'Italia den Sprung in die Regierung schaffte, weil konservative Bündnispartner sich verbündeten.

**Regierungsbildung:** In jedem Szenario hätte die AfD Anspruch auf das Kanzleramt. Wahrscheinlich würde eine der beiden Parteivorsitzenden – **Alice Weidel** oder **Tino Chrupalla** – Kanzler(in) werden. Bereits die Regierungsbildung dürfte eine schwere **institutionelle Krise** auslösen: Bundespräsident und Auswärtiges Amt müssten mit einer Regierung kooperieren, die teils offen verfassungsfeindliche Positionen vertritt. Die internationale Gemeinschaft würde alarmiert reagieren (siehe *Internationale Reaktionen* weiter unten).

## Programmatistische Schwerpunkte und Gesetzesvorhaben einer AfD-Regierung

Die AfD würde ihr Regierungsmandat nutzen, um zentrale Punkte ihres Programms und ihrer Ideologie möglichst rasch umzusetzen. Im Folgenden werden die **wichtigsten legislativen Vorhaben** und politischen Maßnahmen skizziert, die eine AfD-geführte Bundesregierung wahrscheinlich anstreben würde, samt einer Abschätzung der Wirkungen und verfassungsrechtlichen Probleme.

### Migrations- und Innenpolitik: „*Remigrationsgesetz*“ und autoritäre Sicherheitsagenda

Ein Kernprojekt der AfD wäre ein umfassendes „**Remigrationsgesetz**“, dessen Ziel die *Massendeportation* von Migranten ist. Bereits auf ihrem Bundesparteitag 2023 in Essen verabschiedete die AfD den Beschluss „*Remigration*“, der „*Massendeportationen von ‚nicht-assimilierten‘ Menschen, auch deutscher Staatsbürger*“ fordert <sup>5</sup>. Konkret bedeutet dies: Hunderttausende bis Millionen Menschen mit Migrationshintergrund – darunter auch solche mit deutscher Staatsangehörigkeit – würden zur Ausreise gedrängt oder zwangsausgewiesen. Die praktische Umsetzung eines solchen Vorhabens wurde in AfD-nahen Kreisen schon durchgespielt: Im November 2023 nahmen ranghohe AfD-Funktionäre (u.a. Weidel-Berater Roland Hartwig) an einem geheimen Treffen mit dem rechtsextremen **Identitären-Chef Martin Sellner** teil, bei dem logistische und finanzielle Fragen einer *Remigration*

erörtert wurden <sup>6</sup> <sup>7</sup>. **Autoritäre Stoßrichtung:** Diese Pläne offenbaren eine eindeutig **menschenrechtswidrige** und autoritäre Stoßrichtung – sie stellen die Menschenwürde (Art. 1 GG) und Grundrechte ganzer Bevölkerungsgruppen in Frage <sup>7</sup>.

Zu erwarten ist, dass eine AfD-Regierung zügig Gesetzesinitiativen im Sinne dieser *Remigrationsagenda* einbringt. Dazu zählen:

- **Abschaffung des Asylgrundrechts:** Die AfD will Art. 16a GG (Asylrecht) streichen oder drastisch einschränken <sup>8</sup>. Das Asylgrundrecht, das aus den Lehren des NS-Terrors entstand, wäre akut gefährdet. Da eine Verfassungsänderung eine 2/3-Mehrheit benötigt, könnte die AfD zunächst versuchen, einfachgesetzlich Asyl praktisch unmöglich zu machen (etwa durch **Grenzschließungen**, Internierungslager, „Asylstop“-Gesetze). Bereits im Programm 2024 forderte die AfD *Grenzschließungen* und einen radikalen Kurswechsel in der Asylpolitik <sup>9</sup>. **Juristischer Kommentar:** Eine Abschaffung von Art. 16a GG würde sogar die „Ewigkeitsgarantie“ (Art. 79 Abs. 3 GG) tangieren, soweit Menschenwürde und Kerngehalt des Flüchtlingsschutzes betroffen sind. Das Bundesverfassungsgericht müsste in letzter Instanz klären, ob solche Änderungen zulässig wären – ein offener Verfassungskonflikt wäre programmiert.
- **Ausbürgerungen und Entzug der Staatsbürgerschaft:** Im Zuge der Remigrationspolitik könnte eine AfD-Regierung versuchen, **eingebürgerte Deutsche wieder auszubürgern**, um deren Abschiebung zu ermöglichen. Hierzu müsste das Staatsangehörigkeitsrecht revidiert werden. Die AfD fordert ein ius-sanguinis-basiertes Staatsbürgerschaftsrecht (Abstammungsprinzip) und lehnt das geltende Staatsangehörigkeitsrecht ab <sup>8</sup>. **Hindernis:** Art. 16 GG schützt vor Entzug der Staatsbürgerschaft, sodass auch hier nur der Weg über eine Grundgesetzänderung oder – wahrscheinlicher – die Schaffung von Grauzonen bliebe (z.B. Aberkennung bei Doppelstaatlern unter Vorwänden wie „Terrorverdacht“ o.ä.). Ein solches Vorgehen wäre klar **verfassungswidrig**, da es an die Substanz des Gleichheitsgrundsatzes (Art. 3 GG) und der Menschenwürde rührt <sup>5</sup>.
- **„Digitale Migrationskontrollen“ und Überwachungsstaat:** Die AfD hat angekündigt, modernste Technologie zur Durchsetzung ihrer innenpolitischen Ziele zu nutzen <sup>10</sup>. In Strategiepapieren ist von „digitalen Migrationskontrollen“, „automatisierten Abschiebungen“ und „KI-gestützten Sicherheitsmaßnahmen“ die Rede <sup>10</sup>. Man kann sich darunter u.a. biometrische Massenerfassung von Migranten, automatisierte Abgleiche von Aufenthaltsstatus und lückenlose Überwachung vorstellen. Ein solches **digitales Kontrollregime** liefe Gefahr, Deutschland in einen *modernen Überwachungsstaat* zu verwandeln. Die Schaffung zentraler Datensammlungen über Bürger nach ethnischen/religiösen Kriterien würde an dunkelste Kapitel erinnern und jedes historische Vorbild in den Schatten stellen <sup>11</sup> <sup>12</sup>. **Verfassungsrechtlich** wären derartige Maßnahmen massive Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 GG) und das Recht auf Privatheit. Es käme unweigerlich zu Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Bereits jetzt warnt die Forschung vor einem drohenden „*Digitalfaschismus*“, sollte eine technikaffine autoritäre Regierung diese Möglichkeiten nutzen <sup>13</sup> <sup>10</sup>.
- **Harte „Law-and-Order“-Politik mit einseitiger Stoßrichtung:** Erwartbar ist, dass die AfD im Bereich Inneres und Justiz eine harte Strafrechts- und Polizeipolitik verfolgt – allerdings selektiv. Kriminalitätsphänomene, die ins AfD-Weltbild passen (etwa Taten von Ausländern, Clankriminalität, linke Proteste), würden maximal ausgeschlachtet und mit drakonischen Gesetzen beantwortet. So könnte eine AfD-Regierung z.B. **Sonderstrafnormen gegen sogenannte „Klima-Chaoten“** (Klimaaktivisten) oder **gegen „Antifa“** erlassen, um regierungskritische Proteste zu kriminalisieren. Denkbar sind außerdem

Gesetzesverschärfungen bei **Aufenthaltsbeendigung** (Absenkung von Abschiebehindernissen), Ausweitung der **Präventivhaft** für Gefährder oder **Militarisierung der inneren Sicherheit** (z.B. Einsatz der Bundeswehr im Innern durch Ausrufen eines „Notstands“ nach Art. 91 GG bei Unruhen). Gleichzeitig ist zu befürchten, dass **rechtsextreme Gewalt** verharmlost oder ignoriert wird. Schon jetzt legitimiert die AfD rhetorisch Gewalt gegen politische Gegner und Minderheiten, indem sie etwa von „Notwehr“ oder einem bevorstehenden „Bürgerkrieg“ fabuliert <sup>14</sup>. In einer AfD-geführten Regierung könnte dies bedeuten, dass rechte Täter milder behandelt, Statistiken geschönt und Ermittlungen gegen rechtsextreme Netzwerke eingestellt werden. Dies würde einen *exponentiellen Anstieg rechtsextremer Gewalttaten* begünstigen <sup>15</sup> – mit fatalen Folgen für die innere Sicherheit und das Sicherheitsgefühl von Minderheiten.

**Wirkungsabschätzung (Migrations- & Innenpolitik):** Eine AfD-Regierung, die ihre Remigrations- und Law&Order-Pläne umsetzt, würde eine **humanitäre und verfassungsrechtliche Krise** auslösen. Massenabschiebungen könnten zu chaotischen Zuständen führen – Bilder von Familien, die aus ihrem Zuhause geholt werden, Massenlager und evtl. Widerstandshandlungen würden Deutschland international isolieren. Zahlreiche Verwaltungsgerichte und das Bundesverfassungsgericht würden mit Eilanträgen gegen diese Maßnahmen befasst, was eine institutionelle Konfrontation Exekutive vs. Judikative provoziert. Sollte die AfD darauf mit Angriffen gegen die Justiz reagieren (was zu erwarten ist, siehe unten *Delegitimierung von Justiz und Medien*), geriete der **Rechtsstaat in akute Gefahr**.

### **Delegitimierung der freien Medien und Einschränkung der Pressefreiheit**

Die AfD betrachtet die etablierten Medien überwiegend als Feindbild – Stichwort „Lügenpresse“. Bei Regierungsübernahme ist daher ein **Frontalangriff auf die unabhängige Medienlandschaft** zu erwarten. Bereits jetzt versucht die AfD, durch Rhetorik und parlamentarische Anfragen Druck auf öffentlich-rechtliche und kritische Medien auszuüben. Im Regierungsamt hätte sie weitreichendere Mittel:

- **Umbau oder Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks:** Die AfD lehnt den gebührenfinanzierten Rundfunk (ARD, ZDF, Deutschlandradio) vehement ab. Ein Gesetzentwurf der AfD-Regierung könnte die Rundfunkfinanzierung fundamental ändern oder die Senderlandschaft zerschlagen. Da die Länder für den Rundfunk zuständig sind, müsste die AfD hier mit AfD-geführten Landesregierungen kooperieren. In ostdeutschen Bundesländern, wo die AfD 2024/25 eventuell Regierungen stellt, könnte bereits der Rückzug aus dem Rundfunkstaatsvertrag oder die Kürzung des Beitrags beschlossen werden. **Ziel** wäre eine Schwächung oder gleichschaltung der wichtigsten unabhängigen Informationsquelle für viele Bürger. Damit würde ein entscheidendes Korrektiv demokratischer Meinungsbildung beseitigt.
- **„Medienkontrollgesetz“ / Einschränkung der Pressefreiheit:** In Programmatik und Reden der AfD finden sich Forderungen nach *strengerer Kontrollen über Medien* und explizit einer „Einschränkung von Pressefreiheit“ im Namen eines „starken nationalen Systems“ <sup>9</sup>. Das lässt erwarten, dass die AfD rechtliche Hebel sucht, um die Presse an die Kandare zu nehmen. Denkbar wären z.B. ein **Gesetz zur „Regulierung der politischen Berichterstattung“**, das angebliche „einseitige“ oder „volksverhetzende“ Medieninhalte unter Strafe stellt – faktisch also ein Zensurgesetz gegen regierungskritische Stimmen. Auch könnten **verschärfte Strafandrohungen für Verleumdung oder „Üble Nachrede gegen den Staat“** eingeführt werden, um Journalisten einzuschüchtern. Bereits Viktor Orbáns Regierung in Ungarn hat ähnliches vorgemacht (dort wurden regierungskritische Medien durch Gesetze und ökonomischen Druck gleichgeschaltet). **Verfassungsrechtlich** wäre dies ein klarer Verstoß gegen Art. 5 GG (Presse- und Meinungsfreiheit). Zwar erlaubt das Grundgesetz Schranken (z.B. Jugendschutz, Persönlichkeitsrecht), aber eine politische Gleichschaltung wäre nicht zu

rechtfertigen. Eine AfD-Regierung könnte jedoch – wie Orbán – versuchen, juristisch den Anschein der Rechtsstaatlichkeit zu wahren, während faktisch die freie Presse erstickt wird.

- **Personal- und Finanzdruck auf Medien:** Unabhängig von formellen Gesetzen könnte die AfD-Regierung versuchen, durch *informelle Einflussnahme* die Medien zu lenken. Beispiel: Das Bundespresseamt unter AfD-Führung könnte regierungskritischen Medien den Zugang erschweren oder Anzeigenaufträge entziehen. Staatsanwälte (unter AfD-Justizminister) könnten veranlasst werden, **Journalisten wegen angeblicher Geheimnisverrats-Vergehen** zu verfolgen (ähnlich wie in autoritären Staaten). Auch die Einflussnahme auf Aufsichtsgremien (etwa des ÖRR) wäre möglich, indem man AfD-treue Vertreter entsendet. Insgesamt droht ein Klima der **Selbstzensur**: Journalisten könnten sich aus Angst vor Repression zurückhalten.

Bereits im Vorfeld erodiert die AfD gezielt das Vertrauen in Medien und demokratische Institutionen: Sie diffamiert unabhängige Medien als „Systemmedien“ und „Kartell der Altparteien“ <sup>16</sup> <sup>17</sup>. Dieses Muster würde sich verschärfen. Das Parlament würde von AfD-Abgeordneten als Bühne genutzt, um Journalisten an den Pranger zu stellen (etwa durch Anfragen zu einzelnen Reportern) – eine Praxis, die jetzt schon punktuell beobachtet wird.

**Wirkungsabschätzung (Medien):** Die **Medienvielfalt in Deutschland** – eine der Säulen der Demokratie – geriete unter AfD-Regierung unter extremen Druck. Sollten öffentlich-rechtliche Sender verstummen oder ihre Unabhängigkeit verlieren, hätten regierungstreue Narrative erheblich leichteres Spiel. Die Bevölkerung bekäme tendenziell **weniger kritische Informationen**, womit die AfD ihre Machtstellung weiter zementieren könnte. International würde Deutschland auf **Ranglisten der Pressefreiheit** abrutschen; Vergleiche mit Ungarn und Polen (wo die Regierungen die Medienlandschaft teils erfolgreich unter Kontrolle gebracht haben) lägen nahe. Im Ergebnis stünde die verfassungsmäßige Ordnung auf dem Spiel, da *freie Meinungsbildung* (Art. 5 GG) eine Grundbedingung der Demokratie ist. Die Abwehr dieser Entwicklung hinge maßgeblich von der Zivilgesellschaft (protestierende Medien, internationale Journalistennetzwerke) und von Gerichten ab, die repressive Mediengesetze kassieren müssten.

## **Bildungs- und Kulturpolitik: Nationalistische Neuausrichtung**

Die ideologische Prägung der AfD würde auch den Bildungs- und Kulturbereich massiv verändern. Schon ohne Bundeskompetenz hat die AfD in einigen Bundesländern versucht, Einfluss auf Schulpolitik und Kulturförderung zu nehmen. Mit Regierungsverantwortung im Bund (und mutmaßlich zeitgleich in manchen Ländern) kämen folgende Tendenzen zum Tragen:

- **Umbau der Lehrpläne im völkischen Sinne:** Bildung steht zwar vorwiegend in der Hoheit der Länder, doch der Bund (bzw. eine Kulturhoheit) kann Impulse setzen, z.B. über die Kultusministerkonferenz oder bei Rahmenplänen. AfD-Bildungspolitikern würden Druck ausüben, **Themen wie Migration, Diversity, sexuelle Aufklärung oder Klimawandel** aus Lehrplänen zu verbannen. Stattdessen dürfte verstärkt ein *nationalistisch verklärtes* Geschichtsbild Platz greifen (z.B. Betonung der „glorreichen“ deutschen Geschichte, Relativierung der NS-Zeit). AfD-Strategen haben bereits erkennen lassen, dass sie die „geistige Umerziehung“ der Nachkriegszeit rückgängig machen wollen – etwa wurde das Holocaust-Mahnmal als „Denkmal der Schande“ diffamiert und ein positiveres Deutschlandbild eingefordert. Eine AfD-Bildungsministerin auf Bundesebene könnte bundesweite Bildungsprogramme (z.B. politische Bildung) entsprechend umsteuern. AfD-Landesminister würden Schulbuchkommissionen beeinflussen. **Konkretes Szenario:** In AfD-regierten Ländern könnten *neue Schulcurricula* verabschiedet werden, die z.B. einen patriotischen Gemeinschaftskundeunterricht einführen. Lehrkräfte mit „abweichenden“ Ansichten könnten durch schärfere Disziplinarmaßnahmen eingeschüchtert werden.

- **„Säuberung“ im Kulturbereich:** Kulturinstitutionen – Theater, Museen, Stiftungen – müssten mit **Entzug von Fördermitteln** rechnen, sofern ihre Arbeit nicht ins weltanschauliche Konzept passt. Bereits derzeit polemisiert die AfD gegen „linke“ Kulturprojekte und Gender-Themen in der Kunst. In Regierungsverantwortung könnte sie z.B. die Bundeszuwendungen für die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) radikal kürzen oder umwidmen (etwa zur Finanzierung nationalistischer Projekte). Denkbar ist auch eine Neuorientierung der Gedenkstättenförderung: Projekte, die an NS-Verbrechen erinnern oder heutigen Rassismus thematisieren, könnten gestrichen werden, während traditionell-nationalistische Kulturvereine gefördert werden. Diese Politik würde darauf abzielen, den **gesellschaftlichen Erinnerungskonsens** aufzubrechen und eine revisionistische Geschichtserzählung zu stärken.
- **Hochschulen und Wissenschaft:** Auch die Wissenschaft bliebe nicht verschont. AfD-Politiker wettern gegen „Woke-Ideologie“ an Universitäten, gegen Gender Studies, Klimawissenschaft und so fort. Eine AfD-Bundesregierung könnte über die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) oder direkte Ministeriumsprojekte Einfluss nehmen, indem sie Förderrichtlinien ändert. Beispielsweise könnten Studiengänge oder Forschungsprojekte zu Diversity, Gender, Migration von Bundesmitteln ausgeschlossen werden. Im Extremfall würde eine ideologische **Zensur** drohen: Unliebsame Forschungsergebnisse (etwa zum menschengemachten Klimawandel oder zu Rechtsextremismus) könnten politisch attackiert und diskreditiert werden. Akademiker, die sich kritisch zur Regierung äußern, müssten mit persönlicher Diffamierung rechnen. Hier zeigt sich bereits im Ansatz, was dann systematisch würde: die AfD hat eine ausgeprägte **Wissenschaftsskepsis** und diffamiert Fakten, die nicht ins Weltbild passen, als Lügen <sup>18</sup>.

**Wirkungsabschätzung (Bildung & Kultur):** Die Folgen wären eine **Verengung des gesellschaftlichen Diskurses** und langfristig eine „Nachwuchsgeneration“, die in Teilen unter nationalistischer Indoktrination aufwächst. Liberale, weltoffene Bildungsideale würden verdrängt. Kultur- und Kreativszene könnten in eine innere Emigration gehen; einige Künstler, Wissenschaftler und Intellektuelle würden das Land verlassen, um frei arbeiten zu können. Insgesamt droht eine **Verödung der freien Kultur** und eine Polarisierung im Bildungsbereich: In einigen Ländern mit AfD-Herrschaft nationalistisches Bildungsdiktat, in anderen (wo ggf. andere Parteien regieren) weiterhin pluralistische Bildung – ein Kulturkampf auf dem Rücken der Schüler und Studenten. Verfassungsrechtlich sind Bildung und Kultur zwar durch die Kunstfreiheit (Art. 5 III GG) und Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 III GG) geschützt. Doch diese Freiheiten können faktisch ausgehöhlt werden, wenn der Staat die finanziellen Lebensadern kappt. Hier käme es zu zahlreichen Konflikten zwischen Kulturschaffenden/Wissenschaftlern und der Regierung, die wahrscheinlich vor Gericht landen. Die Gerichte könnten *einzelne Maßnahmen* (z.B. Entlassungen aus politischen Gründen) kassieren, aber den schleichenden Klima-Wandel in Schulen und Kultur nur begrenzt aufhalten.

## Umbau staatlicher Institutionen und „Gleichschaltung“

Neben konkreten Gesetzen würde eine AfD-Bundesregierung versuchen, durch **personelle und strukturelle Veränderungen** die Kontrolle über staatliche Institutionen zu festigen. Ziel wäre es, Widerstandspotential zu neutralisieren und eine autoritäre Umbildung zu ermöglichen. Mehrere **amtliche Befunde** deuten schon jetzt darauf hin, dass die AfD eine *planvolle Unterwanderung* zentraler Institutionen anstrebt <sup>19</sup> <sup>20</sup>.

### Einfluss auf Justiz und Sicherheitsbehörden

**Justiz:** In der Justiz könnte die AfD – trotz formaler Unabhängigkeit der Richter – über verschiedene Wege Einfluss nehmen. Zunächst hat der Bundesjustizminister gewisse Weisungsbefugnisse gegenüber

der Bundesanwaltschaft und könnte **Ermittlungsprioritäten** vorgeben (etwa Fokus auf Linksextremismus statt Rechtsextremismus). Wichtiger noch: **Richterwahlausschuss und Verfassungsgericht**. Während Amtsrichter von Landesjustizministern beeinflusst werden könnten (AfD hätte hier indirekt Einfluss in von ihr regierten Ländern), ist auf Bundesebene entscheidend, wen der Bundestag in den Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht etc. wählt. Eine AfD-Fraktion würde versuchen, möglichst viele Richterposten mit *ideologisch nahestehenden Juristen* zu besetzen. Denkbar ist, dass AfD-nahe Juristen (aus dem Umfeld der „WerteUnion“ oder der JA) plötzlich in hohe Richterpositionen gelangen. Die **Auswahl nach ideologischen Kriterien** statt nach Eignung wäre ein Bruch mit der Tradition, könnte aber intransparent vorangetrieben werden. Am kritischsten wäre der Zugriff auf das **Bundesverfassungsgericht**: Je nach zeitlicher Konstellation fielen in der Legislatur 2025–2029 mehrere Verfassungsrichterstellen zur Neubesetzung an. Diese werden zwar mit 2/3-Mehrheit vom Bundestag bzw. Bundesrat gewählt, doch wenn AfD und ein Koalitionspartner (oder geduldende Partner) zusammen 2/3 der Stimmen erreichen, könnten erstmals AfD-nahe Kandidaten ins höchste Gericht einziehen. Selbst wenn nicht, könnte die AfD auf Zeit spielen: Posten unbesetzt lassen (bei fehlender Mehrheit) und solange politisch Druck auf das Gericht ausüben. **Ziel** wäre, die Hüter der Verfassung einzuschüchtern oder teilweise zu „erobern“, um die verfassungsgerichtliche Kontrolle zu schwächen. Bereits vor der Machtübernahme hat die AfD begonnen, das BVerfG zu delegitimieren, indem Urteile als „politisch motiviert“ bezeichnet werden – ein Narrativ, das im Machtfall sicherlich forciert würde <sup>21</sup>.

**Polizei und Geheimdienste:** Als Regierung hätte die AfD Zugriff auf den **Inlandsgeheimdienst (BfV)**, die Bundespolizei, das BKA und weitere Sicherheitsorgane. Hier könnte es sehr schnell zu personellen „Säuberungen“ kommen. Die AfD würde vermutlich die Leitungen der Dienste austauschen: Der Präsident des BfV stünde zur Disposition, da das Amt die AfD als rechtsextremistisch einstuft. An seiner Stelle käme ein **loyaler Gefolgsmann** (vielleicht ein rechtskonservativer Ex-Offizier oder ein AfD-naher Jurist). Gleiches gilt für das Bundeskriminalamt. In den Ministerien des Innern und der Verteidigung würde die neue Führungsebene gezielt nach regierungskritischen Beamten suchen und diese versetzen oder kaltstellen. Leaks aus Thüringen zeigen, dass AfD-Kader über eine „Säuberung von Ministerien“ bereits konkret nachgedacht haben <sup>20</sup>. Eine **Unterwanderung der Sicherheitsapparate** war ohnehin schon vor 2025 im Gange – es gibt dokumentierte Fälle afD-naher Polizisten, Soldaten und Verfassungsschützer <sup>19</sup>. Unter AfD-Führung würden diese Strukturen ausgebaut, nicht mehr verfolgt. Möglicherweise könnte eine AfD-Innenministerin sogar *neue Sicherheitskräfte* aufstellen – z.B. eine Spezialpolizeieinheit direkt beim Innenministerium ansiedeln – um eine Art **Prätorianergarde** jenseits der gewachsenen Strukturen zu haben.

**Verfassungsschutz:** Besonders bemerkenswert: Würde die AfD das Innenministerium übernehmen, hätte sie de facto auch die Fachaufsicht über das **Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)** inne. Das ist die Behörde, die die AfD selbst bislang beobachtet und als verfassungsfeindlich einstuft <sup>1</sup>. Man kann also erwarten, dass die AfD-Führung hier umgehend einschreitet: Entweder *entmachtet* sie das BfV, indem sie z.B. die Beobachtung der AfD beendet und Ressourcen auf andere Felder verlagert (Linksextremismus, Islamismus), oder sie versucht gar, das BfV **aufzulösen**. Letzteres wäre nur mit Bundestagsgesetz möglich und innen- wie außenpolitisch äußerst umstritten. Wahrscheinlicher ist, dass das BfV unter neuer Leitung schlicht *umdefiniert* wird: Anstatt rechtsextreme Netzwerke in Partei und Umfeld aufzudecken, würde der Verfassungsschutz fortan verstärkt zivilgesellschaftliche Gruppen ins Visier nehmen (z.B. Anti-AfD-Proteste als „extremistisch“ brandmarken) – eine völlige **Pervertierung des ursprünglichen Schutzziels**. Damit entfele ein zentrales Frühwarnsystem gegen demokratiefeindliche Umtriebe – gerade wenn diese von der Regierung selbst ausgehen.

**Bundeswehr:** Das Verteidigungsministerium unter AfD-Einfluss wäre ein weiterer heikler Bereich. Die Bundeswehr verfügt über bewaffnete Macht; traditionell ist ihre Loyalität zur Verfassung stark. Eine AfD-Verteidigungsministerin könnte versuchen, Offiziere mit „ungewünschter“ Gesinnung in den

einstweiligen Ruhestand zu schicken (was rechtlich möglich ist). Gleichzeitig könnten bekannte AfD-Sympathisanten in der Truppe gefördert werden. Zwar ist ein **direkter Einsatz der Bundeswehr im Innern** grundgesetzlich eng begrenzt (Art. 87a, 35 GG), aber man darf nicht vergessen: Die Bundeswehr hat Spezialkräfte, Geräte und Know-how, die ein autoritäres Regime auch intern nützen könnten, sofern es Schlupflöcher findet (z.B. hybrider Einsatz bei „Katastrophenfällen“ o.ä.).

**Personalpolitik allgemein:** Neben Sicherheit und Justiz würde die AfD überall dort austauschen, wo politische Beamte sitzen – also Ministerialspitzen, Staatssekretäre, Behördenspitzen. Das ist im demokratischen Wechsel normal, jedoch wäre erstmals zu erwarten, dass dabei systematisch **extrem rechte Kader** Positionen erhalten. Erschreckend wäre zudem ein Klima der Einschüchterung: Beamte im öffentlichen Dienst, die sich klar gegen die AfD positioniert hatten, müssten um ihre Karriere fürchten. Einige könnten vorseilend gehorchen oder kündigen, was den *„marschierenden Marsch durch die Institutionen“* der AfD noch erleichtert.

## Parlamentarische Kultur und demokratische Verfahren

Bereits in der Opposition hat die AfD gezeigt, dass sie parlamentarische Instrumente gezielt missbraucht, um die demokratische Diskussionskultur zu untergraben. Im Bundestag 2025–2029 würde sich das fortsetzen, teils mit umgekehrten Vorzeichen:

- **Gesetzgebungsverfahren:** Die AfD könnte versuchen, kontroverse Gesetze im Eiltempo durch den Bundestag zu peitschen, um Widerstand zu überrumpeln. Obwohl der Bundesrat bei vielen Gesetzen mitreden kann (wo die AfD nicht unbedingt die Mehrheit hätte, je nach Länder-Konstellation), könnte die AfD-Regierung Verordnungen und Verwaltungsvorschriften nutzen, um Fakten zu schaffen. **Notverordnungsstrategie:** In Extremsituationen kann die Regierung per Art. 80 GG Rechtsverordnungen erlassen – etwa im Polizeirecht, Ausländerrecht etc. – was sie im Rahmen der Gesetze ausnutzen könnte, um parlamentarische Debatten zu umgehen.
- **Umgang mit der Opposition:** Paradoxerweise wären nun die etablierten Parteien (CDU/CSU, SPD, Grüne etc.) in der Opposition. Die AfD-Regierungsmehrheit könnte **Regeländerungen** im Bundestag anstreben, um der Opposition das Leben schwer zu machen – z.B. Redezeiten kürzen, Untersuchungsausschüsse blockieren oder unbequeme Anfragen bürokratisch abbügeln. Allerdings sind viele parlamentarische Minderheitenrechte im Grundgesetz oder Geschäftsordnung verankert, was Änderungen erschwert. Dennoch: Schon jetzt missbraucht die AfD z.B. kleine Anfragen, um politische Gegner zu diffamieren. In der Regierung könnte sie Untersuchungsausschüsse einsetzen, um *vergangene Regierungen* bloßzustellen oder die Verwaltung auf Linientreue zu prüfen.
- **„Gleichschaltung“ der Verwaltung:** Über die Ministerien hinaus könnte versucht werden, *halbunabhängige Gremien* mit AfD-Leuten zu besetzen: z.B. Bundesrichterwahlausschuss, Bundesanstalt für politische Bildung, Stiftungsräte, Gremien der Bundesagentur etc. Dadurch würde die **parteiliche Kontrolle** erheblich ausgedehnt. Die Demokratie lebt aber von einer gewissen Neutralität dieser Institutionen – ginge sie verloren, entstünde ein System von Gefolgsleuten, das an autoritäre Staaten erinnert.

**Verfassungsrechtliche Anmerkung:** Viele der genannten institutionellen Umbauten stehen in einem Spannungsverhältnis zur Verfassung, ohne sie direkt zu verletzen. Das Grundgesetz geht von loyalen Verfassungsträgern aus – wenn aber Verfassungsfeinde an die Macht kommen, gibt es *keine einfache Schranke*, die z.B. die Entlassung unliebsamer Beamter verhindert. Die wehrhafte Demokratie (Art. 21 II GG Parteiverbotsmöglichkeit) hat als Ultima Ratio das Parteiverbot vorgesehen, um genau solche Szenarien zu verhindern. Wird dies nicht genutzt, droht eine **schleichende Aushöhlung**: *„Verzögerung*



*erhöht Risiko institutioneller Erosion (Exekutivmacht ab 2029 möglich)“, warnten Experten schon 2025 <sup>22</sup>. Die AfD könnte – einmal an der Macht – die Spielräume innerhalb der Verfassung nutzen, um Fakten zu schaffen, die später kaum rückgängig zu machen sind (z.B. besetzte Richterstellen). Im Worst Case käme es zu einem **Verfassungskonflikt**: Regierung und ihr Lager gegen die verbliebenen unabhängigen Institutionen (Gerichte, Bundespräsident, Bundesrat). Sollte dieser Konflikt eskalieren, stünde die Frage im Raum, ob z.B. der Bundespräsident die Unterzeichnung offensichtlich verfassungswidriger Gesetze verweigert (Art. 82 GG) – ein beispielloser Schritt, der eine Staatskrise auslösen könnte.*

## Gesellschaftliche Auswirkungen

Eine AfD-Regierungsübernahme bliebe nicht ohne gravierende Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Alltagsklima in Deutschland. Schon der Aufstieg der AfD hat Polarisierung und Verhärtung begünstigt; mit ihr an der Macht dürften sich bestimmte Trends massiv verschärfen.

### Vertiefte Spaltung und Einschüchterungsklima

Die Regierungsübernahme einer als rechtsextrem klassifizierten Partei würde die bestehende **gesellschaftliche Spaltung** weiter vertiefen. Viele Menschen, die bislang hofften, die AfD bleibe eine oppositäre Protestpartei, würden nun realisieren, dass ihre schlimmsten Befürchtungen wahr werden. Gleichzeitig fühlten sich AfD-Anhänger vollends bestätigt und „am Ziel“. Diese Lagerbildung könnte in offene Feindseligkeit umschlagen. **Rechtsextreme Akteure** würden den Machtantritt als Signal für einen Freibrief verstehen – man wäre ja jetzt „die Stimme des Volkes“ und habe Rückendeckung von oben. Schon heute ist eine Zunahme rechtsextremer Gewalt dokumentiert; diese würde sich nach Einschätzung von Sicherheitsexperten *exponentiell beschleunigen*, wenn die AfD an Legitimität gewinnt <sup>15</sup>. *Migranten, religiöse Minderheiten, LGBTQ+-Personen und politische Gegner* müssten mit vermehrten Angriffen rechnen <sup>23</sup>. Deutschland droht ein *Klima permanenter Einschüchterung und Angst*, das demokratische Teilhabe praktisch unmöglich macht <sup>24</sup>. Viele Menschen würden sich aus dem öffentlichen Diskurs zurückziehen, aus Furcht ins Visier zu geraten. Dieses Phänomen ähnelt den letzten Jahren der Weimarer Republik, als politische Gewalt und Straßenterror Teile der Bevölkerung zum Verstummen brachten.

Die **AfD-Regierung selbst** würde diese Eskalation vermutlich nicht deeskalieren, sondern eher befeuern – sei es aktiv oder durch Wegschauen. AfD-Politiker haben in der Vergangenheit *Gewalt teilweise gerechtfertigt oder als unvermeidbar dargestellt* (Stichwort „Bürgerkrieg“-Rhetorik) <sup>14</sup>. Ebenso perfide ist die Strategie, sich nach rechten Gewalttaten als *Opfer* zu stilisieren (Stichwort: „Hetzkampagne gegen die AfD“, obwohl ihre Rhetorik die Täter anstachelt) <sup>25</sup>. Somit besteht die Gefahr, dass jede Gewaltwelle von rechts noch propagandistisch genutzt wird, um die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren und staatliche Gegenmaßnahmen zu diskreditieren.

### Protest und zivilgesellschaftlicher Widerstand

Auf der anderen Seite ist zu erwarten, dass **breiter gesellschaftlicher Protest** gegen eine AfD-Regierung entstehen würde. Unmittelbar nach der Wahl und Regierungsbildung käme es sehr wahrscheinlich zu Massenkundgebungen in größeren Städten (ähnlich wie in anderen Ländern, wo rechtspopulistische Regierungen antraten – man denke an Proteste in den USA nach Trumps Wahl 2016 oder in Brasilien gegen Bolsonaro). Gewerkschaften, Kirchen, NGOs, Künstler und viele Bürger könnten gemeinsame **Demonstrationen für Demokratie** organisieren. Wie die AfD-Regierung darauf reagiert, wäre ein Test für die Demokratie: Würden diese Proteste toleriert (als legitimer Ausdruck von Meinungsfreiheit) oder kriminalisiert? Ein autoritäres Vorgehen – z.B. Polizeigewalt oder Verbote gegen Demonstrationen – würde die Lage dramatisch verschärfen und möglicherweise eine **Radikalisierung**

auf Seiten der Gegnerschaft bewirken. Extremere Elemente der Antifa könnten zu härteren Mitteln greifen, was wiederum der AfD Propaganda-Munition liefert (*Teufelskreis der Gewalt*).

Die **Zivilgesellschaft** wäre insgesamt gespalten: Ein Teil würde sich zurückziehen oder gar mit der AfD arrangieren (insbesondere Menschen, die meinen, persönlich nicht betroffen zu sein oder Vorteile zu haben), während ein anderer Teil in den *Widerstandsmodus* geht. Beispiele aus Ländern mit autoritären Tendenzen zeigen, dass oft NGOs und kritische Medien ins Ausland ausweichen. Denkbar ist, dass einige Organisationen ihren Sitz z.B. nach Frankreich oder ins Internet verlagern, um von dort aus weiter für Menschenrechte in Deutschland zu arbeiten.

Eine wichtige Rolle kommt den **Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Vereinen** zu. Sollten Caritas, Diakonie, Rotes Kreuz & Co. sich offen gegen unmenschliche AfD-Politik stellen (z.B. Abschiebungen), könnten sie selbst unter Druck geraten (Streichung staatlicher Zuschüsse, Diffamierung). Gelingt es der Zivilgesellschaft jedoch, solidarisch aufzutreten – etwa durch ein breites Bündnis „*Demokratie verteidigen*“ – könnte sie innenpolitisch und international ein Signal setzen. Immerhin zeigte etwa die **spanische Gesellschaft** im Umgang mit Franco-Nostalgikern oder die **finnische Gesellschaft** mit den „Wahren Finnen“, dass ein entschlossener demokratischer Konsens extreme Tendenzen zurückdrängen kann. Die große Frage bleibt: Würde eine AfD-Regierung solche Organisationen gewähren lassen oder versuchen, sie zu zerschlagen?

## Emigration und Brain-Drain

Eine oft unterschätzte Folge: Deutschland könnte bei einem Abdriften in den Autoritarismus einen **Exodus von Fachkräften, Intellektuellen und Minderheitenangehörigen** erleben. Schon jetzt erwägen manche jüdischen oder muslimischen Deutschen, das Land zu verlassen, wenn die politische Lage kippt. Unter AfD-Herrschaft könnten viele qualifizierte Bürger – insbesondere mit internationaler Herkunft oder liberaler Gesinnung – ihre Zukunft woanders suchen. Dies führte nicht nur zu persönlichem Leid, sondern schwächte auch ökonomisch und kulturell das Land. Die AfD mag dies zynisch begrüßen (im Sinne von „Remigration“), aber der **Verlust an Vielfalt und Know-how** wäre immens. In der Weimarer Endzeit und nach 1933 wanderten zahllose Wissenschaftler, Künstler und Unternehmer aus – Deutschland erholte sich davon jahrzehntelang nicht.

**Zusammenfassend** droht innenpolitisch ein Zustand chronischer **Instabilität und Konfrontation**. Demokratietheoretiker sprechen in solchen Lagen von „*polarisierten Demokratien*“, in denen Kompromisse unmöglich scheinen und jedes Lager das andere als existenzielle Bedrohung wahrnimmt. Extremfall-Vergleiche wie die *Endphase der Weimarer Republik* werden bereits jetzt bemüht <sup>26</sup> <sup>27</sup>. Die vorliegende Szenarienanalyse legt nahe, dass Deutschland im Falle einer AfD-Regierung tatsächlich in eine solche Phase eintreten könnte. Die Gewalt auf den Straßen, die verbalen und physischen Angriffe würden das Land international als Krisengebiet erscheinen lassen.

## Internationale Reaktionen

Deutschland hat in Europa und der Welt traditionell die Rolle eines stabilen **demokratischen Ankers**. Ein Machtantritt der AfD würde diese Reputation erschüttern und vielfältige internationale Konsequenzen nach sich ziehen.

## Europäische Union und diplomatische Isolation

Eine AfD-geführte Bundesregierung würde die **Europäische Union von innen heraus destabilisieren** <sup>28</sup>. Die Partei propagiert offen einen „*Dexit*“ (deutschen EU-Austritt) bzw. zumindest die *Zerstörung der*

*aktuellen EU-Integration* <sup>28</sup> . Man kann erwarten, dass AfD-Minister in Brüssel Vetopolitik betreiben, EU-Entscheidungen blockieren und Verbündete wie Ungarn/Polen in ihrem illiberalen Kurs bestärken. Deutschland, bislang Motor der EU, würde zum **Störfaktor Nr. 1**. In Brüssel würde sofort über Verfahren nachgedacht, um Deutschland zu isolieren – etwa das **Artikel-7-Verfahren** wegen Verletzung von EU-Grundwerten (ähnlich wie gegen Ungarn und Polen). Allerdings ist Deutschland als großes Land kaum zu sanktionieren, zumal ein Land im Rat sein eigenes Stimmrecht nicht verlieren kann, wenn es selbst betroffen ist (es bräuchte Einstimmigkeit der anderen für bestimmte Schritte). Dennoch könnte die EU versuchen, Deutschland **finanziell und politisch unter Druck** zu setzen, z.B. durch Kürzung von EU-Fonds (sofern rechtlich möglich) oder Ausschluss aus informellen Entscheidungsrunden.

Ein deutlicher Effekt wäre die **internationale Isolation Deutschlands** <sup>28</sup> <sup>29</sup> . Westliche Partner wie Frankreich, die Benelux-Staaten oder die nordischen Länder würden auf Distanz gehen. In EU-Gipfeln stünde Deutschland plötzlich in einer Reihe mit Regierungen wie der ungarischen – das *Vertrauensverhältnis* wäre zerstört. **Diplomatischer Flurschaden:** Möglicherweise würden deutsch-französische Projekte eingefroren; die Achse Paris-Berlin, Herzstück der EU, käme zum Erliegen. Auch kleinere Nachbarn (Polen, Tschechien) wären alarmiert – eine AfD-Regierung, die Russland nahe steht, würde insbesondere in Osteuropa als *Sicherheitsrisiko* gesehen.

Zudem könnte Deutschland unter AfD-Führung zu einem **Trojanischen Pferd autoritärer Mächte** in Europa werden <sup>30</sup> . Die AfD pflegt gute Kontakte zu Russland; man kann davon ausgehen, dass sie EU-Sanktionen gegen Russland aufheben oder unterlaufen würde. Moskau und eventuell Peking hätten somit einen Einflusskanal im Herzen Europas. Dies würde die EU und NATO von innen schwächen <sup>31</sup> .

**Wirtschaftliche Folgen und Sanktionen:** Eine AfD-Regierung würde vermutlich protektionistische und isolationistische Töne anschlagen. Die Verunsicherung über Deutschlands politischen Kurs – etwa in Fragen von Euro-Stabilität, Handelspolitik, Rechtsstaatlichkeit – könnte **internationale Investoren abschrecken** <sup>32</sup> . Kapital könnte abfließen, Kreditzinsen für Deutschland steigen. Einige Partnerländer oder auch die EU selbst könnten informelle **Sanktionen** ergreifen, z.B. in der Zusammenarbeit bei Rüstungsprojekten, beim Datenaustausch (wenn die Rechtsstaatlichkeit angezweifelt wird) etc. Laut einer Szenario-Analyse würden Handelspartner im Ernstfall sogar Wirtschaftssanktionen prüfen <sup>32</sup> . Dies wäre ein drastischer Schritt – etwa ein Boykott deutscher Produkte durch Endverbraucher in liberalen Ländern oder Investitionsstopps großer Konzerne. Solche Reaktionen sind nicht ausgeschlossen, wenn Deutschland offen anti-europäisch und autoritär auftritt.

Die AfD wiederum würde eine durch ihre Politik mitverursachte Wirtschaftskrise propagandistisch ausschlagen: **Sollten Unternehmen abwandern oder Sanktionen greifen, würde die AfD die Krise als Beweis für die Richtigkeit ihrer isolationistischen Haltung nehmen** <sup>32</sup> – nach dem Motto: „Seht her, die globale Elite straft uns, weil wir unseren eigenen Weg gehen; umso mehr müssen wir uns abkoppeln.“ Dies würde einen gefährlichen Teufelskreis in Gang halten <sup>33</sup> .

## NATO und Sicherheitspolitik

Auf sicherheitspolitischer Bühne stünde Deutschland mit einer AfD-Regierung vor einem Dilemma: Die AfD ist skeptisch gegenüber der NATO und offen **russlandfreundlich**. Man dürfte erwarten, dass eine AfD-geführte Regierung mindestens die **Unterstützung für die Ukraine** im russischen Angriffskrieg drastisch reduziert oder beendet. Möglicherweise würde sie den **Ausstieg Deutschlands aus Sanktionen** gegen Russland erklären. Dies käme einem politischen Erdbeben gleich: Die Geschlossenheit des Westens gegenüber Putin wäre dahin. Die USA und viele NATO-Partner würden Deutschland nicht mehr als verlässlichen Bündnispartner betrachten. Intern könnte die NATO auf *deutsche Geheimhaltung* setzen (man würde Berlin weniger heikle Informationen anvertrauen). Im Extremfall könnte es Überlegungen geben, wie man die NATO handlungsfähig hält, falls Deutschland

ausschert – bis hin zu dem Szenario, dass Deutschland aus bestimmten NATO-Strukturen ausgeschlossen wird oder sich selbst entfernt.

Auch **militärische Kooperationen** (etwa innerhalb der EU-Verteidigungsprojekte) wären infrage gestellt. Eine AfD-Verteidigungsministerin könnte z.B. Truppeneinsätze im Ausland umgehend beenden – was Bündnisverpflichtungen verletzen könnte. Deutschland würde sich möglicherweise aus Solidaritätsbekundungen an der NATO-Ostflanke zurückziehen, was in Polen und Baltikum maximalen Alarm auslösen würde.

## Globale Reputation und Bündnisse

Deutschland unter AfD-Regierung wäre **international isoliert** und würde eher Anschluss an andere rechtspopulistische Regierungen suchen. Mögliche Partner wären z.B. **Ungarn (Orbán)**, **Polen (PiS)** – wobei letztere ironischerweise mit der AfD in vieler Hinsicht verfeindet sind (PiS ist nationalistisch, aber Anti-Kreml; AfD pro-Kreml). Eher käme eine Achse mit **Italien (unter Meloni)** oder Le Pen in Frankreich (falls dort an die Macht käme) in Betracht. Ein solches rechtspopulistisches Bündnis in Europa könnte die EU schwer erschüttern, eventuell eine Spaltung herbeiführen (Nord-/Westeuropa vs. ost-/südeuropäische Rechte). Das wäre ganz im Sinne russischer Geopolitik.

Weltweit würde Deutschlands Ansehen als *ehemaliger Musterknabe der Demokratie* dramatisch sinken. In internationalen Organisationen (UN, G7, G20) stünde Deutschland am Pranger. Westliche Demokratien könnten Deutschland als *Negativbeispiel* anführen, wie selbst etablierte Demokratien kippen können. Länder wie **USA, Kanada, Australien** würden die Zusammenarbeit zumindest auf hochrangiger Ebene einfrieren; Besuche des deutschen Kanzlers würden wohl nur noch in Moskau oder vielleicht Peking freundlich empfangen – im Westen hingegen mit Protesten.

Umgekehrt würden autoritäre Regime jubeln: **China und Russland** hätten einen Keil in der westlichen Allianz. Sie könnten versuchen, Deutschland in ihre Einflussosphäre zu ziehen, z.B. durch wirtschaftliche Angebote (Energie-Lieferverträge, Infrastrukturinvestitionen im Rahmen der Neuen Seidenstraße etc.). Sollte die AfD gar einen *EU-Austritt* anstreben, müssten die europäischen Staaten überlegen, wie sie mit einem „Brexit 2.0“ umgehen – diesmal aber vom wirtschaftlichen Kernland. Dies könnte die EU tatsächlich **sprengen**, da ohne Deutschland die Machtbalance völlig neu wäre <sup>31</sup>.

## Historische Verantwortung und internationale Kritik

Besonders heikel ist die historische Dimension: Deutschland trägt aufgrund seiner Vergangenheit eine besondere Verantwortung für die Verteidigung der Demokratie. Eine Regierung, die diese Vergangenheit relativiert oder gar Elemente davon reaktiviert (völkischer Nationalismus, Autoritarismus), würde weltweit Entsetzen auslösen. **Israel** und jüdische Gemeinden weltweit würden sehr genau beobachten, wie Deutschland mit Antisemitismus umgeht – die AfD hat zwar offiziell Israel-nahestehende Positionen, aber toleriert in ihren Reihen viele Holocaust-Relativierer und rechtsextreme Ideologen. Sollte z.B. ein AfD-Politiker das Auswärtige Amt leiten, gäbe es diplomatische Eklats – man erinnere sich, dass schon 2018 die Ernennung des AfD-nahen Publizisten Lorenz als Deutscher Botschafter in Polen verhindert wurde. In diesem Szenario wäre es ungleich dramatischer.

International könnten **Menschenrechtsorganisationen** (Human Rights Watch, Amnesty International) intensive Kampagnen gegen deutsche Regierungsmaßnahmen fahren, bis hin zu *Klagen vor internationalen Gerichten*. Z.B. würde der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (EGMR) wohl sehr schnell mit Fällen gegen Deutschland befasst, wenn **Grundrechte** wie Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit oder Schutz vor Ausweisung verletzt werden. Auch der Europäische Gerichtshof

(EuGH) könnte durch Vertragsverletzungsverfahren der EU einschreiten (etwa wegen Asylrechtsbrüchen oder Verstößen gegen EU-Verträge, die Demokratie und Rechtsstaat fordern).

**Fazit international:** Deutschland würde im Falle einer AfD-Regierung vom **exportierten Stabilitätsfaktor zum Hauptrisiko für die liberale Nachkriegsordnung**. „Ein Wahlsieg der AfD würde Deutschland in die Reihe autoritärer Staaten einordnen und die EU von innen heraus destabilisieren.“ warnen Szenariostudien <sup>34</sup> <sup>35</sup>. Die globale Machtbalance könnte sich zugunsten autoritärer Regime verschieben <sup>31</sup>, da ein demokratisches Schwergewicht wegfiel. Europa stünde vor einer Zerreißprobe unbekannten Ausmaßes.

## Verfassungsrechtliche Bewertung und langfristige Folgen

Die skizzierten Entwicklungen werfen die Frage auf, **wie dies mit der deutschen Verfassung vereinbar wäre** – und ob die wehrhafte Demokratie dem etwas entgegensetzen könnte.

**Grundgesetz in Gefahr:** Viele der genannten Maßnahmen einer AfD-Regierung wären mit dem Wortlaut oder Geist des Grundgesetzes unvereinbar. Manches ließe sich zwar formalgesetzlich beschließen, würde aber **vom Bundesverfassungsgericht kassiert** – sofern dieses noch unabhängig agiert. Beispielsweise würde ein Gesetz zur massenhaften Ausbürgerung oder ein „Remigrationsgesetz“ sehr wahrscheinlich gegen Art. 1 GG (Unantastbarkeit der Menschenwürde) verstoßen, ebenso gegen Art. 3 GG (Gleichheitsgrundsatz), und vom BVerfG aufgehoben. Einschränkungen der Pressefreiheit verletzen Art. 5 GG und würden ebenfalls auf verfassungsgerichtlichen Widerstand stoßen. Die AfD stünde also vor dem Dilemma, ihre radikalsten Vorhaben in der geltenden Verfassungsordnung nicht einfach umsetzen zu können.

**Mögliche Verfassungsänderungen:** Daher könnten AfD-Strategen versuchen, die **Verfassung selbst zu ändern**. Hinweise darauf gibt es bereits: AfD-Vorsitzende Alice Weidel forderte 2025 offen eine Verfassungsreform, um die *Remigrations*-Pläne rechtlich zu ermöglichen <sup>36</sup>. Dazu zählen vermutlich Änderungen an Art. 16a (Asyl), evtl. Art. 20 (Demokratieprinzip) in Richtung direkter Demokratie, oder gar Art. 1/Art. 3, um das Gleichheitsgebot aufzuweichen. Allerdings: Die **Ewigkeitsklausel** (Art. 79 Abs. 3 GG) schützt Art. 1 und Art. 20 vor Änderung. Eine AfD-Alleinregierung könnte versucht sein, diese Schranke zu umgehen, z.B. indem sie eine ganz neue Verfassung anstrebt (Art. 146 GG sieht vor, dass das Grundgesetz durch eine vom Volk beschlossene Verfassung abgelöst werden könnte). Ein solches Vorgehen wäre radikal und rechtlich umstritten – aber im Machtrausch nicht undenkbar. Es wäre gewissermaßen ein verfassungsrechtlicher Putsch *von innen*. Für einen solchen Schritt bräuhete die AfD allerdings breite Unterstützung im Volk, die fraglich ist.

**Konflikt zwischen Verfassungsorganen:** Viel wahrscheinlicher als eine schnelle Verfassungsänderung sind zunächst permanente Konflikte zwischen Regierung/Parlamentsmehrheit und den unabhängigen Kontrollorganen (Gerichte, Bundespräsident). Sollte z.B. das Bundesverfassungsgericht zentrale Gesetze der AfD-Regierung kippen, könnte die Regierung versuchen, das Urteil zu ignorieren – eine beispiellose Verfassungskrise. Das Grundgesetz kennt für so einen Fall keine konkrete Lösung; es setzt auf die *Verfassungstreue aller Akteure*. Wenn die Regierung diese Treue aufkündigt, ist letztlich unklar, wer obsiegt. Im Extremfall könnte der Bundestag (dominiert von AfD) versuchen, missliebige Richter via **Verfassungsänderung** abzusetzen oder das Gericht zu beschneiden – was aber wiederum an 2/3-Mehrheiten scheitern dürfte ohne Partner.

**Wehrhafte Demokratie:** Das Grundgesetz bietet mit Art. 21 Abs. 2 GG das Instrument des **Parteiverbots**. Ironischerweise wäre dieses spätestens 2025 hochaktuell gewesen, um genau die Machtübernahme einer verfassungsfeindlichen Partei zu verhindern. Wenn die AfD aber erst an der

Regierung ist, wird ein Parteiverbotsverfahren politisch kaum durchführbar – denn es müsste vom Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung beantragt werden, die ja von der AfD bzw. ihren Partnern kontrolliert wären. Es bliebe theoretisch die Möglichkeit, dass z.B. die **Ländermehrheit im Bundesrat** (sofern nicht AfD-dominiert) einen Verbotsantrag stellt. Ob das Bundesverfassungsgericht diesen inmitten der Regierungsherrschaft der AfD noch verhandeln würde, ist unsicher – juristisch denkbar wäre es, aber praktisch würde die AfD alles tun, um das zu sabotieren. **Lehre aus anderen Ländern:** Im türkischen Beispiel (Refah-Partisi-Verbot) griff das Verfassungsgericht zu, *bevor* die Islamisten die gesamte Macht übernehmen konnten <sup>37</sup>. Ähnliches gilt für Spanien/Batasuna <sup>38</sup> und für das Verbot der griechischen Neonazi-Partei Goldene Morgenröte (Golden Dawn) durch Strafgerichte <sup>39</sup>. Diese **internationalen Vergleiche** zeigen: Demokratien haben mit Verboten oder Gerichtsurteilen reagiert, als die Gefahr akut, aber der Machtgriff noch nicht vollzogen war. In Deutschland allerdings wäre man 2025 im Szenario bereits einen Schritt zu spät.

**Langfristige Verfassungsfolgen:** Wenn die AfD-Regierung vier Jahre im Amt bleibt, hinterlässt sie bleibende Spuren: Personal in Behörden und Gerichten, geänderte einfaches Recht, internationale Verträge evtl. gekündigt, EU-Position geschwächt. Selbst wenn 2029 demokratische Kräfte wieder an die Macht kämen, müssten sie erhebliche Reparaturarbeit leisten. Die Verwaltung müsste entpolitisiert, Vertrauensverluste müssten wettgemacht werden. Worst Case: Sollte die AfD-Regierung durch Krisen oder Notlagen die Macht weiter konsolidieren (ggf. durch Verlängerung des Ausnahmezustands oder propagandistische Gleichschaltung der öffentlichen Meinung), könnte sich Deutschland in Richtung eines **autoritär-herrschaftlichen Systems auf Dauer** bewegen. Dann wäre die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht nur verletzt, sondern abgeschafft – das *Ende der Bonner und Berliner Republik* wäre gekommen.

## Zusammenfassung und Bewertung

Die Analyse zeigt ein düsteres, aber leider nicht unrealistisches Bild dessen, was zwischen 2025 und 2029 passieren könnte, wenn die AfD die Bundespolitik dominiert. In **Tabelle 1** werden die wichtigsten Wirkungsfelder und Konsequenzen nochmals zusammengefasst:

Bereich	Geplante Maßnahmen unter AfD-Regierung	Wahrscheinliche Auswirkungen	Verfassungsrechtliche Fragen
<b>Koalitionsform</b>	Minderheitsregierung mit CDU-Duldung (oder Koalition mit Abspaltung) – AfD stellt Kanzler und Schlüsselministerien.	Politische Instabilität; Bruch bisheriger Tabus; historischer Vergleich zu 1932 (DNVP tolerierte NSDAP).	<i>Legitim durch GG</i> , aber politisch hochriskant; <b>Art. 63 GG</b> ermöglicht Minderheitskanzlerwahl. <sup>3</sup>
<b>Migrationspolitik</b>	<i>Remigrationsgesetz</i> : Massendeportation „nicht-assimilierter“ Migranten, inkl. Eingebürgerter <sup>5</sup> ; Abschaffung Asylrecht <sup>8</sup> ; Ausbürgerungen.	Humanitäre Krise; Imageschaden weltweit; Konflikte mit Ländern/Kommunen, evtl. ziviler Ungehorsam.	<b>Art. 1 GG, Art. 3 GG</b> verletzt (Menschenwürde, Gleichheit); Verstöße gg. EU-Recht (Asyl). Grundgesetz-Änderung nötig – <i>Ewigkeitsklausel</i> ? <sup>7</sup>

Bereich	Geplante Maßnahmen unter AfD-Regierung	Wahrscheinliche Auswirkungen	Verfassungsrechtliche Fragen
<b>Innere Sicherheit</b>	Fokus auf „Law & Order“ gg. Ausländer/ Linke; evtl. Notstandsmaßnahmen; Nachsicht gg. rechte Gewalt. Ausweitung Überwachung (KI, Gesichtserkennung) <sup>10</sup> .	Zunahme rechter Gewalt <sup>15</sup> ; Angst bei Minderheiten; Politisierte Polizei/ Justiz; möglicher Missbrauch von Notstandsrechten.	<b>Art. 20 III GG</b> (Rechtsstaat) gefährdet; <b>Art. 13, 10 GG</b> (Eingriffe Privatsphäre) bei Überwachung betroffen; Verhältnismäßigkeit fraglich.
<b>Medienfreiheit</b>	Abschaffung/ Umgestaltung ÖR Rundfunk; „Kontrolle“ der Presse: Zensurgesetze, strafrechtliche Verfolgung unbequemer Journalisten <sup>9</sup> .	Gleichschaltung eines Teils der Medien; self-censorship; int. Einstufung als „unfrei“.	<b>Art. 5 I GG</b> (Presse-, Meinungsfreiheit) verletzt; BVerfG würde einschreiten; Konflikt mit EU-Grundrechtecharta.
<b>Bildung &amp; Kultur</b>	Völkische Umgestaltung der Lehrpläne; Förderung nationalistischer Kultur; Kürzung für liberale Projekte. Entlassung missliebiger Lehrer/ Professoren.	Nachwachsende Generation teils ideologisiert; kulturelle Verarmung; Abwanderung kritischer Intellektueller.	<b>Art. 5 III GG</b> (Kunst- und Wissenschaftsfreiheit) verletzt durch finanzielle Zensur; Länderkompetenz Bildung (Art. 30 GG) führt zu Konflikten Bund-Länder.
<b>Institutionen</b>	Austausch von Amts- und Behördenleitern durch AfD-Kader; „Säuberung“ von Ministerien <sup>20</sup> ; Einfluss auf Richterwahl; Umpolen des Verfassungsschutzes.	Entprofessionalisierung der Verwaltung; Verlust neutraler Expertise; Behinderung Kontrolle (BfV schaut nicht mehr hin). Langfristige personelle Durchsetzung mit Extremisten.	<b>Art. 33 II GG</b> (leistungsbezogener öffentl. Dienst) untergraben; Gewaltenteilung formal intakt, aber faktisch ausgehöhlt (Verstoß gegen <b>Art. 20 II, III GG</b> im Geiste).
<b>Gesellschaft</b>	Nationale Rhetorik spaltet „Wir vs. Sie“; AfD stilisiert sich als Stimme des „wahren Volkes“. Diskreditierung von NGOs, Kirchen, Oppositionellen als „Volksfeinde“.	Tiefe gesellschaftliche Spaltung; Zunahme Einschüchterung <sup>24</sup> ; möglicher Anstieg politischer Straftaten gegen Minderheiten; Protestbewegungen, aber Gefahr von Radikalisierung auf beiden Seiten.	<b>Art. 8 GG</b> (Versammlungsfreiheit) unter Druck, falls Demos verboten; <b>Art. 9 GG</b> (Vereinsfreiheit) bei Verbot von NGOs in Frage; staatliche Neutralitätspflicht verletzt (begünstigt eigene Anhänger).

Bereich	Geplante Maßnahmen unter AfD-Regierung	Wahrscheinliche Auswirkungen	Verfassungsrechtliche Fragen
<b>EU &amp; Außenpolitik</b>	EU-Blockade, Vetos; Vorbereitung Dexit <sup>28</sup> ; Annäherung an Russland <sup>30</sup> ; evtl. Austritt aus Euro oder Schengen; Kündigung int. Abkommen (Klimaschutz, Migration).	EU handlungsunfähig in vielen Bereichen; Vertrauensbruch bei Partnern; Kapitalflucht, Sanktionen <sup>32</sup> ; Deutschland verliert Führungsrolle, wird zum Problemfall; NATO-Krise (Bündniszweifel).	<b>Art. 23 GG</b> (Mitwirkung in EU) in Frage gestellt; <b>Präambel GG</b> („als gleichberechtigtes Glied in vereintem Europa“) missachtet; evtl. Konflikt mit Bündnisverpflichtungen, aber völkerrechtlich kann Regierung Austritte beschließen (mit Parlamentszustimmung).

Tabelle 1: Überblick über zentrale Vorhaben einer AfD-Regierung und deren Auswirkungen sowie verfassungsrechtliche Problempunkte. <sup>5</sup> <sup>9</sup> <sup>28</sup> <sup>30</sup>

**Gesamteinschätzung:** Die in diesem Bericht simulierten Entwicklungen würden auf eine **Erosion der liberalen Demokratie** in Deutschland hinauslaufen. Schon nach kurzer Zeit wäre Deutschland wohl **international isoliert** und innenpolitisch im permanenten Ausnahmezustand zwischen Autoritarismus und Gegenwehr. Die **freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO)**, die das Grundgesetz schützen will, wäre substantiell verletzt oder gar außer Kraft. Es ist genau das Szenario, vor dem Verfassungsschützer und Historiker bereits warnen: „*Der Faschismus steht wieder vor den Toren der Macht. Diesmal darf er nicht durchgelassen werden.*“, lautet der eindringliche Appell eines aktuellen Gutachtens <sup>40</sup> . Sollte die AfD dennoch durch Wahlen an die Macht gelangen, stellt sich die Frage, ob die **Wehrhaftigkeit der Demokratie** dann noch rechtzeitig greifen kann. Die historische Erfahrung – ob Weimar 1933, ob anderen Ländern mit spät reagierender Zivilgesellschaft – zeigt, dass *präventives Handeln* erfolgversprechender ist als die nachträgliche Reparatur <sup>41</sup> <sup>42</sup> .

**Lehren aus dem Ausland:** Die Vergleiche mit **Spanien (Batasuna)**, **Türkei (Refah)**, **Belgien (Vlaams Blok)** oder **Griechenland (Golden Dawn)** machen deutlich, dass Demokratien extremistische Parteien oft **verbieten oder rechtlich stoppen**, bevor sie völlige Macht erlangen <sup>38</sup> <sup>43</sup> . In Deutschland wäre dies das AfD-Parteiverbotsverfahren nach Art. 21 II GG – ein Schritt, der 2025 im Raum stand. Sollte dieser „*historische Imperativ*“ (so die Worte mancher Staatsrechtler) versäumt werden, müsste die demokratische Ordnung vier Jahre Stresstest mit der AfD an der Spitze überstehen <sup>44</sup> <sup>45</sup> . Ob dies gelingt, ist zweifelhaft. Fachleute betonen, dass die AfD **alle drei Verbotskriterien des BVerfG – verfassungsfeindliche Zielrichtung, Potenzial und aktuelle Gefahr – bereits heute erfüllt** <sup>46</sup> . Ein Zögern erhöht nur das Risiko, dass sie in Regierungsverantwortung unumkehrbare Tatsachen schafft <sup>22</sup> .

Zum Abschluss sei betont: Dieses Szenario ist eine *Warnung* und keine Gewissheit. In der Realität gibt es Variablen – etwa die Stärke von Gegenbewegungen, Spaltungen innerhalb der AfD, das Verhalten der internationalen Gemeinschaft – die den Ausgang beeinflussen können. Doch auf Basis der vorliegenden empirischen Befunde und Vergleichsstudien muss Deutschland sich der Gefahr bewusst sein: **Ein AfD-Wahlsieg 2025 könnte die liberal-demokratische Ordnung in eine Existenzkrise stürzen** <sup>31</sup> . Die kommenden Jahre werden zeigen, ob und wie Politik, Justiz und Zivilgesellschaft diesem Worst-Case vorbeugen können, oder ob das skizzierte Szenario bittere Realität wird.



**Quellen:** (Deep-Research-Dossier Juli 2025, inklusive BfV-Berichte, Szenariostudien, parlamentarische Drucksachen und internationale Fallanalysen)

5 6 7 8 10 7 14 15 23 24 16 17 21 19 20 28 30 32 31 34 35

---

1 6 7 ChatGPT - Warum die Alternative für Deutschland.pdf

file:///file-1wHU52DhCvHP1sn9q5FE6h

2 5 20 22 46 afd-verbot-deepresearch-ausgangspunkt\_split\_6.txt

file:///file-Phf19j31xTD5UyDBiswdow

3 4 10 11 12 13 14 15 16 17 19 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 40 41 42 44 45

Claude - Warum ein AfD-Verbot verfassungsrechtlich geboten und demokratiepolitisch überfällig ist.pdf

file:///file-QDh9nVLjMFMVnoukczAuqt

8 9 18 21 ChatGPT - Analyse-Beispiel.pdf

file:///file-DEgZFwmNY7VmHx2NUwxWak

36 37 38 39 43 afd-verbot-deepresearch-ausgangspunkt\_split\_3.txt

file:///file-TqVvsSzJbNizXrAE4n13Rt